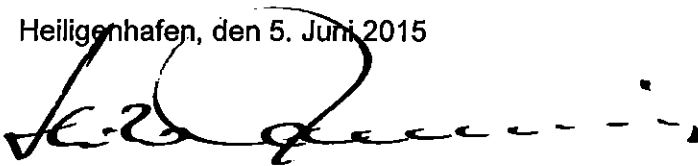


**Ausführungsbericht gem. § 2 Abs. 2 a) der Entwicklung des
Berichtswesens vom 03.12.2009
für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.6.15, TOP 6.1**
(Veränderungen sind unterstrichen kursiv dargestellt)

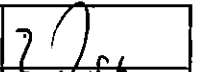
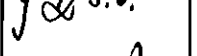
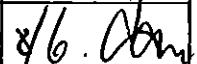
Bericht zur Umsetzung von Beschlüssen	<input checked="" type="checkbox"/> der Stadtvertretung <input type="checkbox"/> des Hauptausschusses <input type="checkbox"/> des
Beschluss vom	23.04.2015
Tagesordnungspunkt	8
Bezeichnung	Keine Schließung der Wasserschutzpolizei Heiligenhafen
Wortlaut des Beschlusses	<p>Herr Stv. Gaarz begründete den Antrag der CDU-Fraktion vom 8.4.2015 mündlich. Sodann ließ der Vorsitzende über den Antrag wie folgt abstimmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadtvertretung Heiligenhafen fordert mit Nachdruck den Schleswig-Holsteinischen Landtag sowie die Landesregierung auf, von den Schließungsplänen der Dienststelle der Wasserschutzpolizei am Standort Heiligenhafen abzusehen und eine weitere Schwächung des ländlichen Raumes zulasten der Menschen vor Ort sowie der Küstensicherheit abzuwenden. 2. Der Bürgermeister wird umgehend aufgefordert, den Beschluss der Stadtvertretung Heiligenhafen an den Ministerpräsidenten, das Innenministerium sowie an die Landtagsfraktionen zu übermitteln. 3. Ebenso soll der Bürgermeister umgehend Kontakt zu der Stadt Fehmarn und den Gemeinden des Amtes Oldenburg-Land sowie weiterer betroffener Kommunen aufnehmen, um ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen im Norden des Kreises zu organisieren. 4. Die Stadtvertretung Heiligenhafen würde es sehr begrüßen, wenn die Stadtvertretung Fehmarn sowie die Gemeindevertretungen der betroffenen Gemeinden gleichlautende Stellungnahmen in den Vertretungskörperschaften zur Unterstützung der Heiligenhafener Position herbeiführen könnten. 5. Der Hauptausschuss der Stadt Heiligenhafen ist über die Ausführung des Beschlusses kurzfristig durch den Bürgermeister zu informieren. Entsprechende Stellungnahmen seitens der Landtagsfraktionen sowie der Landesregierung sind dem Hauptausschuss zuzuleiten. <p>Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0</p> <p>Bemerkung: Herr Stv. Loose erklärte sich für befangen im Sinne des § 22 GO und war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung über den Antrag im Sitzungsraum anwesend. Nach der Rückkehr in den Sitzungssaal wurde ihm der Beschluss der Stadtvertretung durch den Vorsitzenden mitgeteilt.</p>

Bearbeitungsstand	Der Beschluss ist <input checked="" type="checkbox"/> vollständig ausgeführt <input type="checkbox"/> teilweise ausgeführt (Umsetzungsstand siehe unten) <input type="checkbox"/> bisher nicht ausgeführt (Begründung siehe unten)
Begründung/Probleme	Die bisher eingegangenen Stellungnahmen des Ministerpräsidenten und der CDU-Landtagsfraktion sind in Kopie beigelegt.

Heiligenhafen, den 5. Juni 2015



(Heiko Müller)

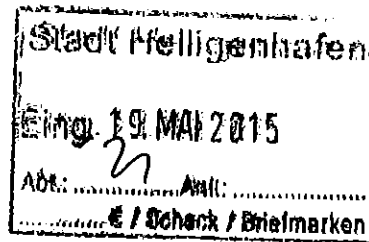
Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter	
Amtsleiterin / Amtsleiter	
Büroleitender Beamter	

Daniel Günther

Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

24105 Kiel · Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
Telefon: (0431) 988 - 14 10
Telefax: (0431) 988 - 14 03
daniel.guenther@cdu.ltsh.de

Stadt Heiligenhafen
Herrn Bürgermeister Heiko Müller
Markt 4-5
23774 Heiligenhafen



Kiel, den 12.05.2015

**Schließung der Wasserschutzpolizei Heiligenhafen
Ihr Schreiben vom 30.04.2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 30.04.2015 und für die Übermittlung der Resolution Ihrer Stadtvertretung bezüglich die Schließung der Wasserschutzpolizei in Heiligenhafen.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt ausdrücklich die Forderung, die Wasserschutzpolizeistation zu erhalten. Bereits in der Norderstedter Erklärung der Landtagsfraktion anlässlich der Klausurtagung im Februar haben wir uns ausdrücklich gegen Kürzungen bei der WSP und gegen die Schließung von Stationen ausgesprochen. Diese Auffassung haben wir auch medial im Zusammenhang mit den Anfang April bekannt gewordenen Plänen der Landesregierung noch einmal deutlich zu Ausdruck gebracht.

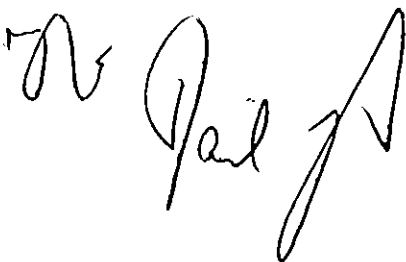
In Zukunft werden nur noch knapp 200 Wasserschutzpolizisten für den Schutz und die Überwachung von knapp 1.200 Kilometern Küstengewässern zuständig sein. Eine Aufgabenreduzierung plant die Landesregierung allerdings nicht, sodass ein

Qualitätsverlust bei der Aufgabenwahrnehmung unvermeidlich ist. Für das Land zwischen den Meeren ist dies ein Armutszeugnis. Gleichzeitig führt die immer stärkere Zentralisierung dazu, dass der Kontakt zwischen Bürgern und Polizei und damit auch ein wichtiger Pfeiler des Vertrauens verloren geht. Am Ende leidet nicht nur die objektive Sicherheit, sondern auch das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Im Ergebnis geht hiermit Lebensqualität in unserem Land verloren. Eine Schließung der WSP-Station in Heiligenhafen würde ebenfalls nicht ohne negative Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der Menschen vor Ort bleiben.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass sich die Stadtvertretung mit einem einstimmigen Beschluss gegen die Schließungspläne ausgesprochen hat. Es ist von zentraler Bedeutung, dass gegenüber der Landesregierung deutlich zum Ausdruck kommt, dass derartige Maßnahmen bei den Menschen vor Ort keine Akzeptanz finden. Wir als CDU-Fraktion haben bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2015 Vorschläge vorgelegt, wie der Personalabbau bei der Landespolizei verhindert und die Schaffung von langfristig zusätzlichen 160 Stellen ermöglicht werden kann. Diese Vorschläge haben wir noch einmal im Wege eines Nachtragshaushalts eingebracht, der im Mai im Landtag beraten wird.

Die CDU-Fraktion wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Wasserschutzpolizei mit Ihrer bewährten Struktur im Land erhalten bleibt.

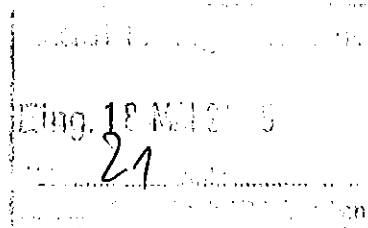
Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Paul J.", written in a cursive style.

Der Ministerpräsident | Staatskanzlei
Postfach 71 22 | 24171 Kiel
Stadt Heiligenhafen
Herr Kuno Brandt
Postfach 1355
23773 Heiligenhafen

Ihr Zeichen: BR/LÜ -
Ihre Nachricht vom: 4.5.2015

Martin Schmolz
martin.schmolz@stk.landsh.de
Telefon: 0431 988-1721



12.5.2015

Sehr geehrter Herr Brandt,

hiermit bestätige ich den Eingang des Schreibens Ihres Ersten Stadtrates Herrn Kar-schnick an Ministerpräsident Torsten Albig vom 30.4.2015 zur Übersendung der Resolu-tion der Stadtvertretung betr. „Schließung der Wasserschutzpolizei Heiligenhafen“. Ich habe die Resolution an das zuständige Ministerium für Inneres und Bundesangelegen-heiten weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Schmolz